

Der Versammlungsschutz

Im Reichstage, der in der vorigen Woche, bei der Aussprache über die Rede des Außenministers, ein so ermutigendes Bild der Eintracht bot, sind die Gemüter wieder einmal in Erregung geraten. Es hat einen geräuschvollen, ungeschönten Auftritt gegeben, und schließlich hat die größte Fraktion zum äußersten parlamentarischen Kampfmittel gegriffen, zur Obstruktion. Und dies alles, weil die bürgerliche Mitte das Strafgesetzbuch um einen Paragraphen zum Schutz der Versammlungsfreiheit bereichern will.

Wie? Sind die Sozialdemokraten Gegner der Versammlungsfreiheit? Wollen sie sie nicht schützen, sondern dem Terror freien Lauf lassen? Das glaubt wohl niemand. In dem unruhigen Winter 1918/19 hat sich gerade die Sozialdemokratie um den Schutz der Versammlungen besonders verdient gemacht. Wenn sie heute gegen ein Gesetz, das den Versammlungsschutz bezweckt, mit Obstruktion ankämpft, so muß sie dafür einen besonderen Grund haben, der nicht in dem Zweck des Gesetzes zu suchen ist. Er liegt, wie man weiß, darin, daß sie der Rechtsprechung, besonders in Bayern, keine unparteiische Anwendung dieses Gesetzes zutraut. Wer will ihre das verargen, wenn selbst der bayerische Gefandte u. Prager im Reichstage die Schwäche der bayerischen Regierung gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung zugeben mußte?

Solches Mißtrauen müßte freilich zurückgestellt werden, wenn es sich um die Schaffung eines wirklich notwendigen gesetzlichen Schutzes der Versammlungsfreiheit handelte. Aber die Notwendigkeit des beantragten Gesetzes läßt sich schlechterdings nicht behaupten. Selbst der Reichsjustizminister Dr. Heineke, der für den Antrag eintrat, konnte nicht bestreiten, daß sich Störungen von Versammlungen auch mit anderen Gesetzesparagrafen bekämpfen lassen. Warum dann also dieses überflüssige Gesetz, das nur man vor der Abstimmung über das Republiksschutzgesetz, um eine möglichst große Mehrheit für dieses zu gewinnen, ein Kompromiß schloß, durch welches der Volkspartei ein besonderes Versammlungsschutzgesetz zugesprochen wurde. Dieses nur aus parteipolitischen Gründen gegebene Versprechen soll jetzt eingelöst werden. Da sich aber zeigt, daß die Verhandlung und Abstimmung über den Versammlungsschutzparagrafen unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu ersten Zwistigkeiten und leidenschaftlichen Parteikämpfen führt, gebietet die politische Klugheit, die Entscheidung zurückzustellen, bis man in ruhigeren Zeiten auf beiden Seiten Ruhe findet, um ohne Voreingenommenheit zu prüfen, ob der beantragte Paragraph wirklich eine Verbesserung des Strafgesetzes bedeutet. Solange die Fragen im Ruhegebiet stehen, sollte man im Reichstage einen Streit über einen zweifelhaften Gesetzesparagrafen vermeiden.

Zwei bewegte Reichstagsitzungen

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes Berlin, 24. April.

Zur Beratung stand die zweite Lesung des Entwurfs über die Abänderung des Strafgesetzbuches, der von den bürgerlichen Parteien der Mitte eingebracht ist und dem Schutz von Versammlungen gegen Sprengungsversuche dient.

Abg. Vogel-Franken (Soz.) begründete die ablehnende Haltung seiner Fraktion gegenüber dem Entwurf. Das Gesetz diene einseitig rechtsstaatlichen Interessen.

Abg. Hennig (Deutschnational) erklärte die Zustimmung seiner Partei zu dem Gesetz. Der Redner ging ausführlich auf das Verbot seiner Partei durch den preussischen Innenminister ein und betonte, aus dem bei Gericht befindlichen Akten ergebe sich im Gegensatz zu den Ausführungen Seinerings nicht über letztere Grund zur Annahme von Verfassungsverstößen bei den Deutschnationalen.

Bayerischer Gefandte u. Prager erklärte, in Bayern bestiehe uneingeschränkte Versammlungsfreiheit.

Reichsjustizminister Dr. Heineke erklärte: Die Versammlungsfreiheit ist zu einem öffentlichen Recht geworden, das eines härteren Schutzes bedürfte. Was in Bayern geschehen ist, verleiht nicht mit einem Deut die Gesehe und hat das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Die bayerische Justizverwaltung hat versichert, daß die Maßnahme in Bayern vollstreckt werden.

Abg. Dr. Reich (Bayr. Volkspart.) führt aus, seine Partei sei gegen die nationalsozialistische Bewegung, weil sie letzten Endes zur Revolution treibe. Die Bayerische Volkspartei lehne es ab, Leute von einem Dösterreicher (Ause: Hitler) sich in irgendeiner Revolution hineintreiben zu lassen, was wie es bekannter haben, daß wir früher von anderer Seite in eine Revolution hineingezogen wurden.

Darauf beantragte der sozialdemokratische Abg. Wittmann Vertagung der Sitzung, bevor über den Gesetzesentwurf abgestimmt wird, und zweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses an. Die Ausschlusssitzung ergab 197 Nein und 4 Ja. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Präsidenten Woche legt um 7 Uhr eine neue Sitzung auf 7.30 Uhr an. Die zweite Sitzung war in wenigen Minuten zu Ende. Es bleibt dabei, daß in der morgigen Sitzung wiederholt werden soll, aber das Gesetz betreffend den Versammlungsschutz abzustimmen. Da die Sozialdemokraten entschlossen sind, die Beschlußfähigkeit des Hauses herbeizuführen, dürfte der Reichstag wahrscheinlich

morgen nach einer Sitzung von nur wenigen Minuten Dauer in die bereits früher in Aussicht genommenen Ferien gehen, die bis zum 2. Mai dauern sollen.

Das Kaiserdenkmal im Reichstag

Die Ausschüßungskommission des Reichstages hatte ein Sachverständigengutachten über die von den Sozialdemokraten beantragte Beseitigung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. in der Wandelhalle und die Entfernung monarchistischer Embleme an den Außenfronten des Reichstagsgebäudes eingeholt. Das Gutachten ist von Akademiestr. 14, Sage Lederer, Stadtbauplatz Ludwig Hofmann, Reichsfinanzrat Hebdoll und Oberregierungsrat Groß erstattet worden und soll nunmehr im Ausschüßungsausschuß erörtert werden.

Die Sachverständigen kamen zu dem Entschluß, daß es dem Geiste des Bauwesens und des Reichstagspalastes widerspreche und die Gesamtwirkung des Bauinhalts beeinträchtigen würde, wenn man an einzelnen Stellen monarchistische Embleme wie Kronen und dreizehnen Enten und durch andere, künstlerisch weniger geeignete ersetzen würde. Das Denkmal Kaiser Wilhelms I. in der Mitte der Rotunde beeinträchtigt allerdings den freien Durchblick und den vollen Genuß der großartigen Architektur, sowie die Raumwirkung der Wandelhalle. Seine Beseitigung an andere Stelle des Hauses würde einer besseren Raumwirkung zugute kommen. Als geeigneten Platz für eine andere Aufstellung schlägt das Sachverständigengutachten das Treppengelände in der Eingangshalle des Portals II vor. Die schon mit Monumentalkandidaten hervorragender früherer deutscher Könige aus Bronze geschmückt ist.

Gedenkfeier am 18. Mai

Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung Dresden, 25. April.

Das sächsische Kultusministerium hat angeordnet, daß in den höheren Schulen am 18. Mai, dem Tage, an dem vor 75 Jahren das erste deutsche Parlament in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. zusammentrat, eine kurze Gedenkfeier zu veranstalten sei. In der durch eine Vergleichung mit dem Reichsgesetz über die Grundrechte des deutschen Volkes mit der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 den Schülern zum Bewußtsein gebracht werden soll, wie 1919 lang gehegte Hoffnungen des deutschen Volks durch die neue republikanische Verfassung erfüllt worden sind. Ebenfalls sollen in den oberen Klassen der Volksschulen die Ereignisse im Geschichtsunterricht Erwähnung finden.

Amerika für den Weltfriedensgerichtshof

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes New York, 25. April.

Präsident Harding hat gestern das Jahresessen der Associated Press bemut, um in einer großen Rede seinen Standpunkt zum Völkerverbund und zum Weltgerichtshof darzulegen. Die Vertreter des Völkerverbundes in den Vereinigten Staaten hätten den Vorschlag seiner Regierung, in den Welt-Schiedsgerichtshof einzutreten, als eine Annäherung an den Völkerverbund ausgelegt. „In Uebereinstimmung mit unserem Wahlversprechen“, so erklärte Harding, „hat meine Regierung es begütig alle Gedanken an einen Beitritt der Vereinigten Staaten zum Völkerverbund von sich gewiesen. Wir haben nicht die Absicht, uns durch eine Hintertür in den Völkerverbund einzuschmuggeln. Ich habe auch nicht die Absicht, den Völkerverbund zu kritisieren, wir wollen nichts von ihm wissen.“

Weiter erklärte Harding, es sei zwecklos, wenn die Vereinigten Staaten ihre Mitwirkung im Welt-Schiedsgerichtshof ablehnten. Welche Politik der Präsident mit diesem Schritt einzuweisen gedenkt, geht aus den Schlüsseln seiner Rede hervor: „Ein über viele Länder verbreiteter Gerichtshof ist ein wichtiges Ziel der neuen Entwicklung. Ich empfehle das Gericht, weil es einen wichtigen Schritt auf dem rechten Wege darstellt, der zur Beseitigung schädlicher Zwistigkeiten führt. Der Gerichtshof stellt ein Werkzeug internationaler Gerechtigkeit dar, das das bisher übliche Gerichtsverfahren von Fall zu Fall vielfach von politischen Gesichtspunkten befreit. Wir können für die Verbesserung dieses Apparates viel mehr leisten, wenn wir daran mitwirken, als wenn wir von Weitem zusehen. Ich beabsichtige nicht, Rechte unseres Volkes preiszugeben; aber ich hoffe, daß unser Einfluß und unsere Mitwirkung in diesem Gerichtshof geeignet sind, den Weltfrieden zu fördern. Indem der Gerichtshof seine Zweckmäßigkeit erweist und den Weltfrieden fördert, könnte er einer Weltkonferenz der Völker vorarbeiten, die die Aufgabe hätte, ein Gesetzbuch des Rechtes aufzustellen als Vorbedingung der Herrschaft des Friedens durch das Recht. Zugleich aber wäre eine Vorbedingung dafür gegeben, daß die Völker sich besser verstehen. Das stellt die beste Friedensgarantie und Friedenssicherheit dar.“

Das zweite Lausanne

Lausanne, 26. April.

Gestern begannen der erste und die zweite Ausschüß der Konferenz, das heißt die Ausschüße für die politischen und für die finanziellen Fragen, ihre Arbeit. Im politischen Ausschüß, dem der englische Delegierte Sir Horace Rumbold präsiert, und der im einzelnen die territorialen Bestimmungen des Verträgeentwurfes der ersten Konferenz nachprüft, forderten die Törken, daß sogleich nach Unterzeichnung des Friedensvertrages Konstantinopel und die anderen besetzten Ortshafen geräumt werden und daß man bei der Festlegung der thrazischen Grenze nicht den Ausdruck „Einsteil-Marthauser“, sondern die Wendung „Tal der Martha“ anwenden möge. Beide Fragen wurden auf eine spätere Sitzung verschoben. Zu neuen lebhaften Auseinandersetzungen führte die Debatte über die Befugnisse der Grenzfestsetzungskommission. Bei dem Artikel 12 erreichten die Törken, daß mit den

Inseln Zimbros und Tenedos noch verschiedene kleine Inseln abgetreten werden.

Der Finanzausschuß, in dem der französische Delegierte General Bellet den Vorsitz führt, ging zunächst die Artikel 17 bis 19 des Vertrags durch, in denen die Törken auf ihre Souveränitätsrechte über Ägypten, den Sudan und Ägypten verzichteten wollen, wegen der Befreiung von allen finanziellen Lasten fordern, die ihnen aus dem durch Abgabe dieser früheren Provinzen garantierten Anleihen erwachsen. Die Debatte über die Artikel 45 bis 52 führte zu der Ernennung eines finanziellen Sachverständigenausschusses, der heute seine Arbeiten beginnt.

Die Meinung in den Konferenzzirkeln über die Aussichten der Konferenz sind sehr geteilt. Man sieht zwar Einzelberatungen entgegen und rechnet im allgemeinen mit einer Konferenzdauer von mindestens einem Monat oder sechs Wochen.

Dicke Luft in Polen

Von Max Theodor Behrmann

Warschau, 18. April.

Gestern mittag hat man hier von einer Volksversammlung zurückkehrende Juden auf der Straße verprügelt. Und in den Abendstunden verprügelte man im Landtage jüdische Sejmabgeordnete. Es war dies wieder im Warschauer Ghetto noch im Warschauer Parlament ein eigenartiger „ Pogrom“ — nur so und so viele jüdische Redeschöpsse und Redarmel mußten daran glauben —, aber ein Gewitter zeugt von elektrisch-geschwängelter Luft, auch wenn es nicht zündend und tobend einschlägt.

Und die heutige hiesige Morgenpresse, die sich mit den gestrigen Verhältnissen beschäftigt, spricht von einem „Lehrreichen Tag“, von einem „jüdischen Tag“. Die Nationalisten, die bereits emsiglich ihre Gehärdde zu dem bevorstehenden Eintritt in die Regierung bürsten, erklären heute durch ihre „Korrespondenz“, der gestrige Lehrreiche Tag habe den polnischen Fraktionen die Augen geöffnet auf jene sogenannten Minoritäten, auf die Fremdenwähler, die wahrlich allen Grund hätten, sich in ihre Wäuselschür zu werfen, anstatt sich grenzenlos herausfordernd zu verhalten“. Und dem sich demokratisch nennenden Kurzer Vorortung“ entschließt das unvorläufige Vernehmen, die Minoritätenfrage sei noch der einzige Akt, der die polnischen Parteien zusammenhalte. Mit anderen Worten: trotz noch so getrennten Marschierens schlägt man vereint (wo es als angedroht erscheint, auch im wörtlichsten Sinne) auf zur Entschädigung seines Tuns weist man auf die fähliche Gogolische Unteroffizierswitwe hin, die sich selber verprügelt hat. Alles zusammen nennt man hier innere und nationale Politik.

Ueber die gestrigen Vorgänge selbst nur einige wenige Worte. Vor anderthalb Wochen hatten hier anlässlich einer Straßendemonstration gegen die Sowjetregierung (wegen der Hinrichtung eines katholischen Geistlichen in Moskau) recht böseartige Aufritte gegen die Warschauer Juden stattgefunden, die nicht ohne Opfer an jüdischem Gut und Blut abliefen. In der gestrigen Sejm Sitzung riefte nun die jüdische Fraktion in dieser bedauerlichen Angelegenheit eine dringliche Anfrage an die Regierung, nachdem sie tags zuvor ihre hiesigen Glaubensgenossen aufgefordert hatten, der Interpellation durch Schließung der hiesigen jüdischen Geschäfte für die Dauer der Besprechung dieser Anfrage besonderen Nachdruck zu verleihen. Tatsächlich blieben denn auch fast sämtliche jüdische Geschäfte Warschaws gestern nachmittag bis sieben Uhr abends geschlossen. Im Sejm selbst wurde gestern die Dringlichkeit der jüdischen Interpellation abgelehnt, woraufhin die jüdischen Abgeordneten zum Zeichen ihres Protestes den Saal verließen. Beim Ausgange aus dem Sitzungssaal zu den Wandelgängen erwarteten die Interpellanten handlungsfähige nationalpolitische Abgeordnete, die sofort Mundwort und Fäuste in Bewegung setzten. Ein Abgeordneter von der deutschen Sejmfraktion, der sich zwischen die Angreifer und die Angegriffenen warf, wurde von den eheren für seine Vermittelung ebenfalls reichlich „bedacht“. Am gestrigen Vormittag hatte im Zentrum des Judenviertels eine überaus zahlreiche jüdische Volksversammlung in der gleichen Angelegenheit stattgefunden. Beim Verlassen des Versammlungssaales wurden die Teilnehmer auf der Straße von einer zu Tausenden zählenden Menge tätlich angegriffen, aber noch kurzem Kampfe von den Fäusten der jüdischen Koloniat-Jugend schmählich in die Flucht gejagt.

Die unwürdig häßliche Szene in der gestrigen Sejm Sitzung ist gewiß beklagenswert; der tragikomische gestrige grimmige Kampf auf der Dyblaustraße bezäehrend. Aber weit ernster als alles dies sind die heutigen Auslassungen der Warschauer Presse, die die gestrigen Vorgänge kommentieren. Hierin zeigt sich so recht die „dicke Luft“, die sich immer mehr und immer deutlicher über Polens innerpolitisches Leben zusammenzieht. Was man da zu lesen bekommt, ist ein getreuer Abbild der „Fremdlinge“-Dege der Gintoks, Barokos und Burischewitsche von anno domum im zaristischen Pogrom-Rußland. Die glücklicherweise verlassene Petersburger Komoge Wremja könnte, wenn sie noch lebte, die „Korrespondenz“ oder den Kurzer Vorortung ruhigen Herzens wegen dauernden Nachdrucks vor den Kall stieren — und beklagte Recht. Man schreit nicht einmal zurück vor spaltenlanger genauer Aufzählung der jüdischen Geschäfte — mit minutiöser Angabe von Straße, Hausnummer und Bestername —, die gestern einige Stunden hindurch geschlossen waren. Die nun, wenn Vergebung, Treibenschaft und Gewalttät diese ihnen freudlich vorgelegte „Schwarze Liste“ blutrot färbt? —

Vorgestern die Deutschen, gestern die Russen, heute die Juden, die trotz ihrer rechtmäßigen polnischen Mithürgererschaft alljährlich jetzt als „gefährliche Fremdlinge“ geschmäht, verurteilt, für vogelstreckt werden — und tadel, was man ja nicht vergessen sollte, beinahe die Hälfte der Bevölkerung des angeblichen Nationalstaates Polen ausmachen. Das alte russische Zarenreich mit seinen 170 Millionen Russen der wenigen Millionen nichtrossischer Bevol-

kerung konnte sich diesen traurigen Fehlschluss noch zur Not erlauben — aber das neue unfassbarisierte, wirtschaftlich fehlerhafte, innerpolitisch chaotische Polen, in dem es beinahe mehr Nationalitäten als Vortierplattformen gibt!

Ich will gern zugeben: Im Gegensatz zum Zarenreich der letzten Epoche konnte man den polnischen Regierungen bisher den schweren Vorwurf nicht machen, Fremdenhass und Fremdenhege gegen ihre eigenen Mithürger nichtpolnischer Nationalität amüde propagiert zu haben. Die vielbesprochene Rede des polnischen Ministerpräsidenten Generals Sikorski im goldenen Saale zu Polen dürfte wohl nur zum allerwenigsten für den „inneren Gebrauch“ bestimmt gewesen sein. Aber gerade die unmittelbaren Nachwirkungen dieser Rede beweisen deutlich, wie äußerst gefährlich jede Lusterfülle ist, wenn die Atmosphäre mit Elektrizität geschwängert ist.

Das zu große Polen

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes Paris, 25. April.

Major D'Eschegony, das frühere Mitglied der französischen Militärmission in Warschau, veröffentlicht im „Oescher“ der neuen polnischen „Grenzgen“ und macht darauf aufmerksam, daß die Polischsterkonferenz die polnischen Oescher unter der Verantwortung Polens anerkannt habe, d. h. daß die Westmächte ausdrücklich betont haben, sie würden im Falle einer Verletzung der polnischen Oescher durch andere Mächte nicht verpflichtet sein, etwas zur Verteidigung Polens zu tun.

Der französische Major bemerkt, nach Ansicht gewisser juristischer Kreise sei der Vorbehalt der Polischsterkonferenz dahin auszuliegen, daß der Oescher im Falle eines Angriffs auf die polnische Oescher nicht verpflichtet sei, einzugreifen. Major D'Eschegony bezeichnet die Gefahr, die durch eine derartige Anerkennung der Oescher für Polen geschaffen worden ist, als ernst. Er meint, es wäre besser, wenn die Polischsterkonferenz mit der Anerkennung gewartet hätte. Die Existenz Polens sei durch eine künstliche Ausdehnung nach Osten geradezu in Frage gestellt. Ostpolen mit seinen 280 000 Quadratkilometern — etwa der Hälfte des französischen Gebietes — habe 14 Millionen Einwohner, von denen aber nicht mehr als 1,5 Millionen Polen seien. Das polnische Element stelle jetzt in Oesmpolens eine Minderheit dar, die leider noch durch Parteiempfe geschwächt werde.

Der französische Offizier kommt zu dem Schluß, daß die Entscheidung der Polischsterkonferenz eine Schwächung Polens bedeute und daß die Entente diese Lösung eines Tages bereuen werde.

Die Kabinettskrise in Südbawien

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes Belgrad, 25. April.

Der Versuch einer Verständigung zwischen den Radikalen und den Demokraten ist neuerdings gescheitert. Die Krone hat daher die zweite Juridilegung des Mandats durch Wajtsich heute abend angenommen. Die Bildung einer homogenen radikalen Regierung erscheint nach den weiteren Komplikationen ausgeschlossen. Wie aus verschiedenen Kreisen zu schließen ist, erwartet man nunmehr die Bildung eines Koalitionskabinetts durch Zubadawidowic, den Führer der Demokraten.

Ausbau der Luftschiffahrt

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes Paris, 25. April.

Die Schweizer Behörde für Luftschiffahrt beschäftigt die Luftverbindung zwischen der Schweiz und dem Auslande auszubauen. Der Vorsitzende des Schweizer offiziellen Bureaus für Luftschiffahrt, Major Zoller, wird am kommenden Mittwoch in Berlin mit dem deutschen Luftamt eine Aussprache haben über die Eröffnung einer Luftlinie Genf-München-Berlin und München-Wien. Die Genf- und Kaufmanns-Behörden haben Schritte bei der Pariser Regierung unternommen, um diese zu veranlassen, eine Luftlinie Paris-Lausanne-Genf einzurichten. Schließlich wird der Direktor der englischen Gesellschaft Handley-Page, die bereits eine Linie zwischen London und Paris unterhält, in dieser Woche in der Schweiz erwartet, um über die Verlängerung der Linie London-Paris bis Basel, in der Sommerjahre bis Zürich, zu verhandeln.

Kleine politische Nachrichten

Zwischen dem sächsischen und dem thüringischen Staatsschwenen Verhandlungen, die auf eine Verzichtmachung der beiden Staaten hingen.

Die Vorbereitungen für die Ausgabe eines 500-Mark-Stückes sind soweit geblieben, daß in der nächsten Wöpfung des Reichsbankrates darüber Bericht erstattet werden wird. Das 500-Mark-Stück wird aus Aluminium sein und die Größe der sogenannten Verfassungstaler haben. Zunächst ist die Ausprägung von 180 Millionen Stück beabsichtigt.

Die tschechoslowakische parlamentarische Opposition unter Führung der deutschen Sozialdemokraten stellte einen Dringlichkeitsantrag zur Beseitigung der Todesstrafe in der tschechoslowakischen Republik. Der Antrag ist von 110 oppositionellen Abgeordneten einschließlich der tschechischen Kommunisten unterschrieben.

Der große Faschistenrat in Rom billigte die Ablehnung der weiteren Mitarbeit der Popolari durch Mussolini. Er ordnete ferner an, daß alle Angehörigen der Faschistenpartei pflichtgemäß bei der Nationalversammlung ersten oder zweiten Anzuges einzuschreiben sind. Infolge des aufgegebenen Justizrechts wurde auch verfügt, daß keine Rekonstruktionen in die Partei gewählt werden sollen, die über 800 000 Mitglieder zählt.

Reuter meldet aus Peking, die finanziellen Schwierigkeiten der chinesischen Regierung seien größer denn je. Die Vermählungen, von einem Konfuzium einen Vorstoß von 12 Millionen Dollar zu erhalten, seien gescheitert.

Tag

Sammlu

„Menschen und reinste Gefühl für das Misswurd.“

„Som Duhlen von Jilt“

„Ein jugen“

„Kleindie“

„Rückg“

„Zod des Mas“

„Man hat“

„Der Feld“

„Die Wiede“

„Der große“

„Je wolle“